

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 22. Juli 2010

Bischöfe müssen sparen

Der herbe Konjunkturereinbruch im vergangenen Jahr hat auch in den Kassen der Kirchen Spuren hinterlassen. Die Kirchensteuereinnahmen der 28 katholischen Diözesen in Deutschland sind 2009 um 162 Millionen Euro auf 4,9 Milliarden Euro zurückgegangen. Noch im Jahr davor meldeten die Bistümer mit mehr als 5 Milliarden Euro einen Aufkommensrekord. Einige Diözesen kamen auch 2009 ungeschoren davon. Das Bistum Erfurt und das Erzbistum München/Freising verbuchten sogar deutliche Zuwächse. Am härtesten traf der Kirchensteuerschwund die Diöze-

se Görlitz, wo die Einnahmen um mehr als ein Drittel einbrachen. Aber auch Magdeburg muss den Gürtel erheblich enger schnallen. Die großen Verluste im Osten Deutschlands dürften demografische Gründe haben. Viele Landstriche leeren sich zusehends. Vor allem die Jugend geht weg. Im Süden der Republik profitieren dagegen viele Gemeinden von der Ost-West/Süd-Wanderung. Für das Jahr 2010 rechnet die katholische Kirche wegen vieler Kirchaustritte damit, dass sich der Negativtrend bei den Finanzen verstärkt – trotz anziehender Konjunktur.

In dieser Woche

Geschäftsmodell Deutschland: Die deutsche Wirtschaft wird oft als zu industrielastig und daher als besonders krisenanfällig kritisiert. Doch der rezessionsbedingte Rückgang der Industrieproduktion hat die Wirtschaftsleistung in Deutschland keineswegs stärker in Mitleidenschaft gezogen als in anderen großen Volkswirtschaften. Seite 2

Bildung & Ausbildung: In Deutschland haben fast 440.000 Jugendliche im Schuljahr 2008/2009 die Schule, eine Berufsausbildung oder das Studium vorzeitig abgebrochen. Damit blieb gut jeder sechste Bildungsteilnehmer ohne Abschluss. Seite 3

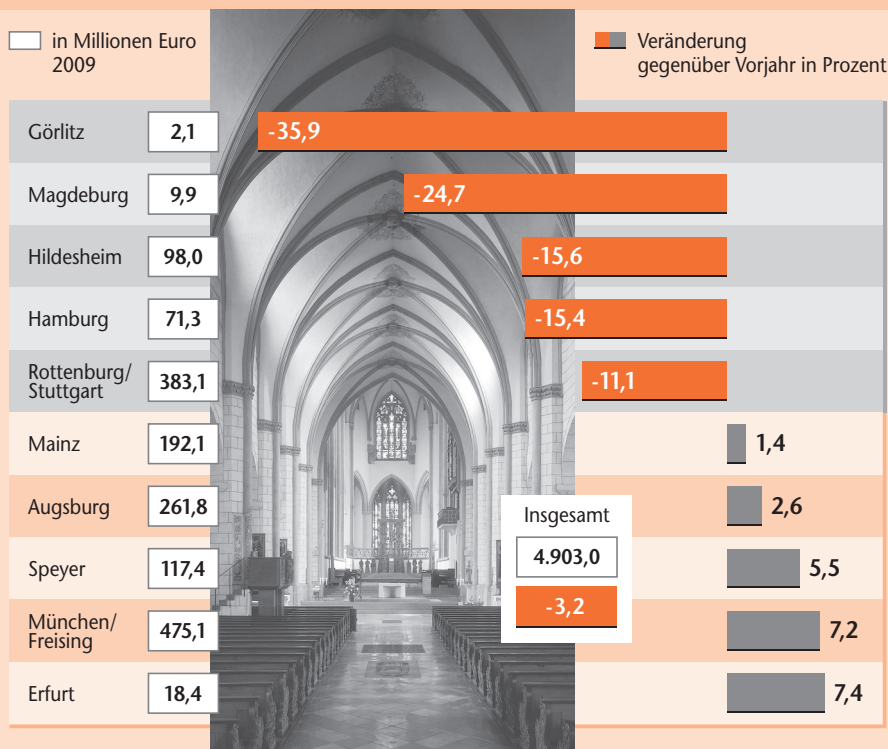
Studiengebühren: Auch in Nordrhein-Westfalen sollen die Studiengebühren nun wieder abgeschafft werden. Dabei ist eine Beteiligung des akademischen Nachwuchses an den Studienkosten nicht nur aus Fairnessgründen angebracht, sondern angesichts der klammen öffentlichen Kassen notwendiger denn je. Zudem gibt es keine stichhaltigen Argumente für die Streichung der Campus-Maut. Seite 4-5

US-Gesundheitsreform: Im Wahlkampf hat US-Präsident Barack Obama allen amerikanischen Bürgern eine bezahlbare Krankenversicherung in Aussicht gestellt. Der politische Widerstand war auch dieses Mal heftig. Und obwohl Obama die Reform nun durchgesetzt hat, bleibt die Frage, ob sie die Kostenexplosion im amerikanischen Gesundheitssystem wirklich dämpfen wird. Seite 6-7

Festspiele: Am 25. Juli öffnet das Bayreuther Festspielhaus wieder seine Tore. Festivals dieser Art sind zahlreich in Deutschland – die meisten von ihnen finden unter freiem Himmel statt. Im Sommer 2008 kamen mehr als 1,4 Millionen Besucher. Seite 8

Kirchensteuer: Gewinner und Verlierer

Steuereinnahmen der katholischen Kirche in den Bistümern mit den stärksten Veränderungen



Insgesamt: alle 28 Bistümer in Deutschland
 Ursprungsdaten: Steuerkommission des Verbandes der Diözesen Deutschlands

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Geschäftsmodell Deutschland

Geprüft – und für gut befunden

Die wirtschaftliche Talfahrt des vergangenen Jahres hat einmal mehr Kritik an der Ausrichtung der deutschen Wirtschaft laut werden lassen. Sie sei unter anderem zu industrielastig und daher besonders krisenanfällig. Doch der rezessionsbedingte Rückgang der Industrieproduktion hat die Wirtschaftsleistung keineswegs stärker in Mitleidenschaft gezogen als in anderen großen Volkswirtschaften.

Im Zuge der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise ist wieder einmal die Debatte darüber entbrannt, ob das Geschäftsmodell Deutschland noch tragfähig ist. Der Vorwurf: Der außergewöhnlich hohe Industrieanteil sowie die starke Weltmarktorientierung hätten der heimischen Wirtschaft während der globalen Konjunkturturbulenzen besonders geschadet.

In der Tat unterscheidet sich Deutschlands Wirtschaftsstruktur von der anderer großer Volkswirtschaften. So steuerte das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2008 fast 26 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei und damit deutlich mehr als etwa in Frankreich und Großbritannien mit 14 bzw. 18 Prozent. Und auch mit einer Exportquote von rund 47 Prozent spielte die deutsche Wirtschaft 2008 in

einer anderen Liga als ihre Konkurrenten: Die Briten zum Beispiel verkauften lediglich 29 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung ins Ausland, die Franzosen 26 Prozent und die US-Amerikaner sogar nur 12 Prozent.

Richtig ist, dass gerade die erfolgswöhnten Bereiche der deutschen Wirtschaft zuletzt arg gebeutelt wurden. Als die Konjunktur im April 2009 die Talsohle erreichte, lagen Industrieproduktion und nominale Warenausfuhren um rund ein Viertel unter dem vorangegangenen Höchststand vom August 2008.

Dennoch musste die deutsche Wirtschaft in der zurückliegenden Krise keineswegs mehr Federn lassen als ihre Konkurrenten (Grafik):

Während die Industrieproduktion hierzulande 2009 um fast 18 Prozent zurückging, schrumpfte sie in Japan sogar um rund 23 Prozent.

Auch in Frankreich, den USA sowie in Großbritannien verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe jeweils einen Produktionseinbruch im zweistelligen Prozentbereich.

Zudem waren die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Krise im Industriesektor am Standort D keineswegs übermäßig groß:

Mit einem Minus von 4,9 Prozent schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ähnlich stark wie in Japan, Schweden, Italien, Großbritannien sowie den Niederlanden.

Wirft man einen näheren Blick auf den Zusammenhang zwischen der Veränderung der Industrieproduktion und der Veränderung der Wirtschaftsleistung, zeigt sich: Deutschland liegt ungefähr im Schnitt der elf betrachteten Länder. Der rückläufige Output des Verarbeitenden Gewerbes hat das Bruttoinlandsprodukt also nicht außergewöhnlich stark nach unten gedrückt. Dagegen war in Frankreich, den USA und der Schweiz der negative Einfluss der Turbulenzen im – dort viel kleineren – Industriesektor auf die Wirtschaftsleistung überdurchschnittlich groß.

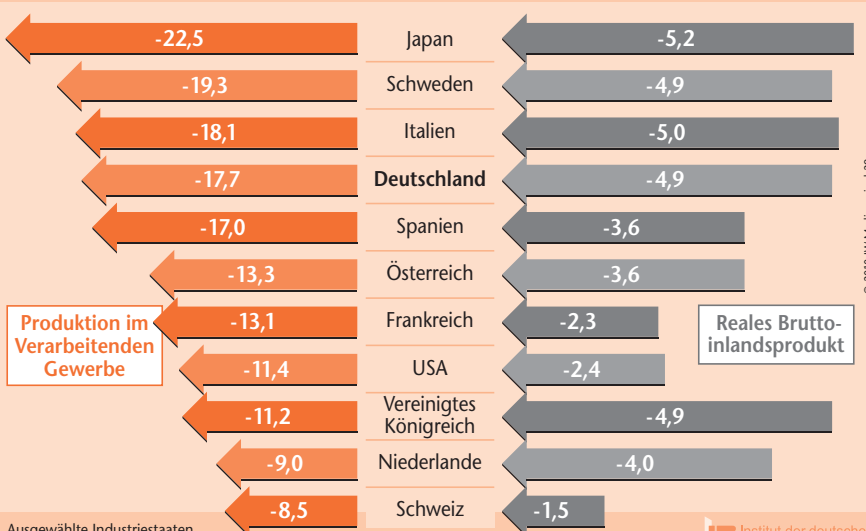
Damit erweist sich die Kritik am deutschen „Sonderweg“ abermals als unhaltbar. Bereits in der Vergangenheit waren ähnliche Debatten letztlich ins Leere gelaufen. Mitte der 1990er Jahre hieß es zum Beispiel, die deutsche Wirtschaft weise gegenüber ihren Wettbewerbern eine Dienstleistungslücke auf. Mancher Skeptiker folgerte daraus sogar, die hiesige Wirtschaft sei mit ihrem Fokus auf die Herstellung von Industriewaren nicht zukunftsfähig.

Zur Jahrtausendwende ging die Diskussion dann unter dem Titel „Old versus New Economy“ weiter. Vom Vorwurf, Deutschland setze zu stark auf die klassischen Industriezweige, war allerdings nach dem Platzen der New-Economy-Blase schon bald nichts mehr zu hören.

Und schließlich machte in der langen Phase der Stagnation nach dem Jahr 2001 das Stichwort „Basarökonomie“ die Runde. Die Bundesrepublik diene nur noch als Durchgangsstation für Waren, die mehr und mehr im Ausland produziert würden. Doch auch diese Diskussion verstummte – Mitte des Jahrzehnts begann ein Aufschwung, der zum großen Teil von der heimischen Industrie getragen wurde.

Industrie: Krisenschäden überall

Veränderung im Jahr 2009 gegenüber Vorjahr in Prozent

Ausgewählte Industriestaaten
Quelle: OECDInstitut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bildungsabbrecher: Quote leicht gesunken

Fast 440.000 Jugendliche haben im Jahr 2008 die Schule, eine Berufsausbildung oder das Studium vorzeitig abgebrochen. Damit blieb gut jeder sechste Bildungsteilnehmer ohne Abschluss.

Schule. Im Schuljahr 2008/2009 kehrten 64.900 Jugendliche ihrer Schule den Rücken, ohne einen Abschluss in der Tasche zu haben. Drei von fünf dieser „Drop-outs“ waren männlich, jeder fünfte war ausländischer Herkunft. Insgesamt ist der Anteil der Abbrecher an allen Schülern eines Jahrgangs zwar von gut 9 Prozent zu Beginn des Jahrzehnts auf mittlerweile 7 Prozent gesunken. Dennoch sind am Ende der Sekundarstufe I rund 20 Prozent der Schüler nicht reif für eine Ausbildung – weil sie keinen formalen Abschluss haben oder ihnen grundlegende Schreib- und Rechenkenntnisse fehlen.

Berufsausbildung. Im Jahr 2008 haben etwa 139.000 junge Leute ihre duale Berufsausbildung und 136.000 die Ausbildung oder Berufsvorbereitung an einer beruflichen Schule abgebrochen. Damit gab mehr als jeder fünfte Azubi bzw. Schüler vorzeitig auf – wobei viele Abbrecher ihr Glück danach in einem anderen Ausbildungsgang versuchen. Die vielen vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge spiegeln die Probleme wider, die die Jugendlichen schon in der Schule haben – oft mangelt es dort an einer frühzeitigen individuellen Förderung.

Studium. Gut jeder vierte angehende Akademiker, der 1999 sein Studium aufnahm, hat bis 2008 das Handtuch geworfen. So mancher hatte sich hinsichtlich der Anforderungen offenbar gründlich verschätzt. In Fächern wie Kunst und Sport, in denen die Studienplatzbewerber hingegen entsprechende Begabungen nachweisen müssen, liegen die Abbrecherquoten deutlich unter dem Mittelwert. Gleiches gilt für die Medizin, wo ein besonders guter Abiturnschnitt verlangt wird. Über alle Fächer hinweg bleiben Frauen etwas häufiger am Ball als ihre männlichen Kommilitonen.



Bildung & Ausbildung

Schule: Abbrecherquoten streuen stark

So viele Schüler haben im Schuljahr 2008/2009 eine allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verlassen

		in Prozent aller Schulabsolventen und -abgänger
Sachsen-Anhalt	2.573	10,5
Mecklenburg-Vorpommern	2.063	9,8
Brandenburg	2.448	9,5
Berlin	3.127	9,2
Sachsen	3.134	8,6
Schleswig-Holstein	2.690	8,5
Hamburg	1.349	8,2
Niedersachsen	6.780	7,5
Rheinland-Pfalz	3.342	7,0
Thüringen	1.426	6,8
Saarland	760	6,8
Bremen	530	6,6
Hessen	4.478	6,5
Nordrhein-Westfalen	14.296	6,4
Bayern	9.043	6,3
Baden-Württemberg	6.879	5,5
Insgesamt	64.918	7,0

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Berufsausbildung: Gut jeder Fünfte bricht ab

So viel Prozent aller Ausbildungsverträge wurden vorzeitig gelöst

Jahr	Handwerk	Freie Berufe	Industrie und Handel	Öffentlicher Dienst	Insgesamt
2000	29,5	25,7	20,1	7,5	23,7
2006	23,7	20,8	18,1	6,4	19,8
2008	26,6	20,6	19,9	5,9	21,5

Insgesamt: einschließlich Hauswirtschaft, Landwirtschaft und Seeschifffahrt
Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Studium: Probleme mit Zahlen und Vokabeln

So viel Prozent derjenigen Studenten, die im Jahr 1999 ein Studium aufgenommen hatten, haben die Universität oder Fachhochschule bis zum Jahr 2008 ohne Abschluss verlassen

	Männer	Frauen	Insgesamt
Sprach- und Kulturwissenschaften	40,6	32,3	34,5
Mathematik, Naturwissenschaften	33,8	35,2	34,3
Ingenieurwissenschaften	30,7	26,5	29,8
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	24,8	23,2	24,1
Veterinärmedizin	12,8	22,5	21,3
Agrar-, Forst-, Ernährungswissenschaften	19,7	20,9	20,4
Sport	17,0	13,5	15,4
Kunst	12,6	14,6	13,9
Medizin, Gesundheitswissenschaften	12,4	12,8	12,7
Insgesamt	28,7	26,3	27,5

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Studiengebühren

Gute Gründe für den Obolus

Wieder stehen die Studiengebühren in einem Bundesland zur Disposition: In Hessen und im Saarland bereits abgeschafft, sollen sie nun auch in Nordrhein-Westfalen rückgängig gemacht werden. Dabei ist eine Beteiligung des akademischen Nachwuchses an den Studienkosten nicht nur fair, sondern angesichts der klammen öffentlichen Kassen notwendiger denn je. Hinzu kommt, dass es keine stichhaltigen Argumente für die Streichung der Campus-Maut gibt.

Ob Studiengebühren sinnvoll sind oder nicht, darüber wird gerade mal wieder gestritten – und zwar in Nordrhein-Westfalen (NRW), wo die rot-grüne Minderheitsregierung versucht, ihren im Koalitionsvertrag festgezurrtten Gebührenstopp durch den Landtag zu boxen.

Dabei war NRW neben Niedersachsen das erste Bundesland, das im Wintersemester 2006/2007 Studiengebühren erhoben hat. Zunächst bat man nur die Studienanfänger zur Kasse, doch schon seit dem nachfolgenden Sommersemester müssen alle Studenten zahlen.

Obwohl es den staatlichen Hochschulen im bevölkerungsreichsten Bundesland freigestellt ist, ob und in welcher Höhe sie einen Semesterbeitrag erheben – maximal dürfen es 500 Euro sein –, kommt mittlerweile eine erkleckliche Summe zusammen. Wie viel es genau ist, lässt sich zwar nicht ermitteln, wohl aber das Volumen der Studienbeiträge, in denen neben den Studiengebühren auch noch die Prüfungs- und Rückmeldegebühren enthalten sind (Grafik Seite 5):

In Nordrhein-Westfalen nahmen die Hochschulen im Jahr 2008 annähernd 278 Millionen Euro an Studienbeiträgen ein – damit finanzierten die Studenten rund 7 Prozent des Landes-Hochschulbudgets.

Nur Hamburg erzielte mit knapp 8 Prozent eine höhere Quote. Bundesweit erhielten die staatlichen Hochschulen 2008 rund 870 Millionen Euro an Studienbeiträgen, was einem Einnahmeanteil von durchschnittlich 4,6 Prozent entspricht.

Auch wenn sich das nach wenig anhört, sind erste Verbesserungen in Hörsälen, Seminarräumen und Bibliotheken bereits spürbar. Dies zeigt der Studienqualitätsmonitor der AG Hochschulforschung der Uni Konstanz und der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS), die seit 2007 jährlich zwischen 20.000 und 30.000 Studenten zum Thema Studienqualität und Studienbedingungen befragen. So sind Studenten in Bundesländern, wo Gebühren für das Erststudium erhoben werden, in der Regel zu-

friedener mit dem Lehrangebot als Kommilitonen in Nicht-Gebührenländern (Grafik):

Von Studenten, die Gebühren zahlen, registrierte zuletzt im Schnitt jeder vierte eine Verbesserung der Studienbedingungen, bei den Nichtzahlern war es nur jeder Fünfte.

So stuften die Hochschüler in den Gebührenländern die Entwicklung der Uni-Ausstattung sowie die Veränderung der Beratung und Betreuung durchweg besser ein als Studenten in Ländern, die keine Campus-Maut erheben.

Lediglich mit der Entwicklung der Teilnehmerzahlen in den Seminaren und Vorlesungen sind die Hörer in den Nicht-Gebührenländern etwas zufriedener als die Kommilitonen, die für ihr Studium bezahlen müssen. Das mag allerdings daran liegen, dass zur Gruppe der Nicht-Gebührenländer alle neuen Bundesländer zählen, in denen die Betreuungsrelationen an den Hochschulen traditionell besser sind als im Westen.

Die Gebühren ermöglichen aber nicht nur bessere Studienbedingungen – es gibt auch noch eine Reihe weiterer Gründe, die für das Bezahlstudium sprechen:

- **Ein kostenloses Studium ist gesellschaftspolitisch ungerecht.** Die Mehrheit der Nichtakademiker finanziert den in der Regel später gut verdienenden Hochschulabsolventen den Großteil des Studiums.

Wollte man die pekuniären Nettovorteile, die ein Hochschulabsolvent bis zum Ende seines Berufslebens im Schnitt hat, vollständig über Studiengebühren ausgleichen, müssten nach Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung die Universitäten Studiengebühren von 5.300 Euro pro Semester und die Fachhochschulen 2.100 Euro verlangen.

Außerdem summiert sich der Einkommensvorteil eines Akademikers gegenüber einer Person ohne abgeschlossene


Studiengebühren: Erste Wirkungen

So viel Prozent der Studenten meinten 2008, dass sich zuletzt

▲ verbessert haben ▲ nicht verändert haben ▲ verschlechtert haben

	Länder mit Studiengebühren			Länder ohne Studiengebühren		
Sachlich-räumliche Ausstattung	35	54	12	28	64	9
Teilnehmerzahlen in den Veranstaltungen des Studiengangs	23	53	24	24	52	25
Service/Beratung der Hochschulen	23	65	12	16	74	10
Betreuung durch die Lehrenden	21	66	12	13	69	19

Befragung von rund 30.000 Studenten im Sommersemester 2008; Studiengebühren: für das Erststudium; Quelle: Hochschul-Informations-System GmbH

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Berufsausbildung am Ende des Erwerbslebens auf rund 450.000 Euro inklusive Zinsen – selbst dann, wenn zum Ausgleich des Einkommensverzichts während des Studiums ein Kredit aufgenommen wurde (vgl. iwd 11/2010). Auch die höheren Steuern, die gut verdienende Akademiker im Laufe ihres Erwerbslebens bezahlen, kompensieren den finanziellen Vorteil eines kostenlosen Studiums nicht.

• **Die knappen öffentlichen Mittel sollten im Bildungswesen vorrangig für Kinder statt für junge Erwachsene ausgegeben werden.** Bildungsgerechtigkeit beginnt in den frühen Lebensjahren. Ein Staat, der das Bildungsniveau seiner Bevölkerung langfristig heben und gleichzeitig die Chancen von Kindern nichtakademischer Eltern verbessern will, investiert besser in verbindliche und kostenlose Kindergärten und Ganztagschulen als in ein kostenfreies Studium.

• **Studiengebühren führen zu mehr Entscheidungsfreiheit der Hochschulen und mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten der Studenten.** An der Ruhr-Universität in Bochum beispielsweise beraten Professoren, Studenten und Verwaltung gemeinsam über die Verwendung der zusätzlichen Einnahmen (Kasten). Eine bessere Betreuung durch das Lehrpersonal, wie sie vielerorts dank der Campus-Maut praktiziert wird, kommt vor allem schwächeren Studenten zu Gute.

Studiengebühren: Ein erklecklicher Teil des Hochschulbudgets

So viele Millionen Euro nahmen die staatlichen Hochschulen im Jahr 2008 in den sieben Bundesländern ein, die zu diesem Zeitpunkt Studiengebühren für das Erststudium verlangten

	Einnahmen insgesamt	darunter Studienbeiträge	Anteil der Studienbeiträge an den Einnahmen in Prozent
Hamburg	544,3	41,7	7,7
Nordrhein-Westfalen	3.926,7	277,6	7,1
Baden-Württemberg	2.571,5	178,9	7,0
Saarland	220,4	12,4	5,6
Bayern	2.614,5	145,0	5,6
Niedersachsen	1.695,5	90,2	5,3
Hessen	1.885,1	69,5	3,7
Deutschland	18.804,8	872,3	4,6

Staatliche Hochschulen: in Trägerschaft eines Landes, ohne Hochschulkliniken und Verwaltungshochschulen; Einnahmen insgesamt: staatliche Zuwendungen, Studienbeiträge, Drittmittel, Sponsoring-Einnahmen, Unternehmensbeteiligungen und sonstige Einnahmen; Studienbeiträge: Studien-, Prüfungs- und Rückmeldegebühren; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

• **Studiengebühren sind relativ sichere Einnahmen im Hochschuletat.** Sie ermöglichen die Umsetzung langfristiger Vorhaben wie die Einstellung neuer Professoren, Dozenten und Tutoren. Würden die Abgaben durch einen vergleichbaren Posten im Landeshaushalt ersetzt, so wie es in NRW geplant ist, wäre der Geldfluss immer eine Frage der jeweils herrschenden Haushaltslage und stünde dadurch regelmäßig zur Disposition.

Wer Gebühren ablehnt, tut dies meist mit dem Hinweis, die finanzielle Belastung schrecke potenzielle Akademiker in spe von der Aufnahme eines Hochschul-

studiums ab. Doch für diese Vermutung gibt es bislang keine stichhaltigen Belege:

Erstens sind in allen Bundesländern, egal ob mit oder ohne Studiengebühren, die Studienanfängerzahlen in den vergangenen Jahren gestiegen. So betrug der Anteil der Erstsemester in ihrer jeweiligen Altersklasse im Jahre 2009 bundesweit 43 Prozent – so hoch war die Studienanfängerquote noch nie zuvor.

Zweitens ist die befürchtete Umschichtung ausgeblieben: Weder gab es einen Run auf gebührenfreie Hochschulen, noch kam es zu einem Rückgang der Anfängerzahlen in den Ländern, die Studiengebühren erheben.

Bochum: Ein Gerichtssaal aus Gebühren

Wenn die Jura-Studenten der Ruhr-Uni Bochum (RUB) für ihren Berufsalltag üben, gehen sie dafür in den Keller: Denn dort befindet sich ein Übungs-Gerichtssaal – mit 40 Zuschauerplätzen, vier Kameras und einer Mikrofonanlage. Dass die angehenden Juristen schon während des Studiums direkt auf dem Campus in die Rolle von Richtern, Anwälten und Zeugen schlüpfen können, verdanken sie sich selbst und allen anderen Kommilitonen der RUB: Denn jene 50.000 Euro, die die Einrichtung des Gerichtslabors gekostet hat, stammen aus den Studiengebühren, welche die Ruhr-Uni seit dem Sommersemester 2007 erhebt.

Rund 20 Millionen Euro an Studienbeiträgen berappten die RUB-Studenten allein im Studienjahr 2009/2010 – bei einem Gesamthaushalt der Hochschule von 423 Mil-

lionen Euro (ohne die sechs angeschlossenen Kliniken). Die Zusatzeinnahmen werden vor allem zur Verbesserung der Lehre verwendet; in welche konkreten Projekte die Mittel fließen, beschließen Hochschule und Studenten zusammen. An erster Stelle steht der Ausbau des Lehrangebots: Seit dem Sommersemester 2009 konnten dank Studiengebühren etwa 20 Prozent mehr Seminarstunden angeboten werden als zuvor. Die Uni selbst stellt in ihrem Bericht über die Verwendung der Studiengebühren fest, dass sich durch die Beiträge ein neues „Qualitätsbewusstsein über den ganzen Campus hinweg entwickelt hat“. Die „damit verbundene Beteiligungskultur“ und die „deutlich gestiegene aktive Gestaltungsrolle der Studierenden“ führen auch dazu, dass Missstände schneller aufgedeckt werden: So wird die Ruhr-

Uni einem guten Dutzend Lateinstudenten, die sich über verschlechterte Studienbedingungen und unzureichende Angaben zur Vorbereitung von Prüfungen beschwert hatten, wohl zwischen 250 und 1.500 Euro Beitragsgelder zurückerstatten müssen.

Ruhr-Uni Bochum: Dank Gebühren mehr Seminare

Verwendung der Studiengebühren, die die Ruhr-Universität Bochum zwischen April 2009 und März 2010 eingenommen hat, in Prozent

zusätzliche Lehrangebote (einschließlich Lern- und Arbeitsmaterialien)	49
Neueinstellung von Tutoren und Mentoren	15
Verbesserung der Bibliotheksausstattung	13
Verbesserung der Praktikausstattung	9
Modellprojekte zur Entwicklung neuer Lernformen	6
zusätzliche Angebote zur Studienberatung	4
Verbesserung der multimedialen Ausstattung	4

Praktikausstattung: wissenschaftliche Geräte für Praktika in den Ingenieur- und Naturwissenschaften; Ursprungsdaten: Ruhr-Universität Bochum

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Zertifikat Beruf und Familie

Stichwort

Viele Unternehmen setzen alles daran, gute Mitarbeiter für sich zu gewinnen und dauerhaft zu binden. Denn obwohl weit über 3 Millionen Menschen in Deutschland momentan ohne Job sind, fehlen der Wirtschaft qualifizierte Mitarbeiter. Durch die demografische Entwicklung wird der Fachkräftemangel in den nächsten Jahren noch deutlich zunehmen.

Deshalb spielt eine familienfreundliche Personalpolitik in deutschen Unternehmen mittlerweile eine prominente Rolle (vgl. iwd 16/2010): Wie eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im November 2009 ergab, finden 80 Prozent der 1.300 befragten Unternehmen Familienfreundlichkeit für die eigene Firmenpolitik wichtig, 2003 waren es nur 46 Prozent.

Damit Unternehmen einen Beleg für ihr familienfreundliches Arbeitsumfeld haben, können Sie sich um das Zertifikat „audit berufundfamilie“ bewerben. Die führenden deutschen Wirtschaftsverbände BDA, BDI, DIHK und ZDH unterstützen diese Auszeichnung für eine familienbewusste Personalpolitik.

Auditiert hat die berufundfamilie gGmbH bislang 859 Arbeitgeber. Insgesamt profitieren zurzeit rund 1,3 Millionen Beschäftigte und 1 Millionen Studenten vom Zertifikat. Denn nicht nur Unternehmen, sondern auch Hochschulen und Institutionen können sich auditiert lassen. So sind mittlerweile sämtliche obersten Bundesbehörden zertifiziert – ein Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 2008 hat sie dazu verpflichtet.

Das IW Köln hat das Grundzertifikat für sein familienfreundliches Arbeitsumfeld im Jahr 2007 erhalten. Im Juni 2010 schloss es die Re-Auditorung erfolgreich ab, die zugehörige Auszeichnung dafür überreichte Familienministerin Kristina Schröder als Schirmherrin des Projekts. Nun will die Arbeitsgruppe „Balance“ des IW Köln dafür sorgen, dass auch die neu vereinbarten Ziele schnellstmöglich umgesetzt werden. Sie sollen – wie in vielen anderen deutschen Unternehmen – dafür sorgen, dass Mitarbeiter berufliche und familiäre Verpflichtungen noch besser unter einen Hut bringen können.

Weitere Informationen zum „audit berufundfamilie“: www.beruf-und-familie.de

US-Gesundheitsreform

Versprechen gehalten

Im Wahlkampf hat US-Präsident Obama allen Amerikanern eine bezahlbare Krankenversicherung in Aussicht gestellt. Damit versprach er eine Reform, an der all seine Vorgänger gescheitert waren. Auch dieses Mal war der politische Widerstand heftig. Doch obwohl Obama sich nun durchgesetzt hat, bleibt die Frage, ob die Reform die Kostenexplosion im Gesundheitssystem dämpfen kann.

In Deutschland verlieren Politiker eher ihr Amt, als dass ihnen eine radikale Reform des Krankenversicherungssystems gelingt. Gleichwohl verstehen Deutsche oft nicht, weshalb die Krankenversicherungsreform in den USA so heftig umstritten ist, soll sie doch allen Bürgern einen ausreichenden Versicherungsschutz für ihre Gesundheit bringen. Umgekehrt ist die sozialstaatliche Rundumfürsorge in „Old Europe“ für Amerikaner schlicht Sozialismus. Denn der Durchschnittsamerikaner hasst staatliche Bevormundung mehr, als er unvorhersehbare Risiken scheut. Das Leben aus eigener Kraft zu meistern, gilt ihm als Freiheit.

Auch deshalb haben sich viele US-Bürger bislang gegen eine Krankenversicherung entschieden. Doch gerade in der aktuellen Krise fehlt vielen US-Bürgern schlichtweg das Geld für eine Versicherung.

Der Anteil der Nichtversicherten ist in der Wirtschaftskrise auf 15 Prozent der US-Bevölkerung gestiegen.

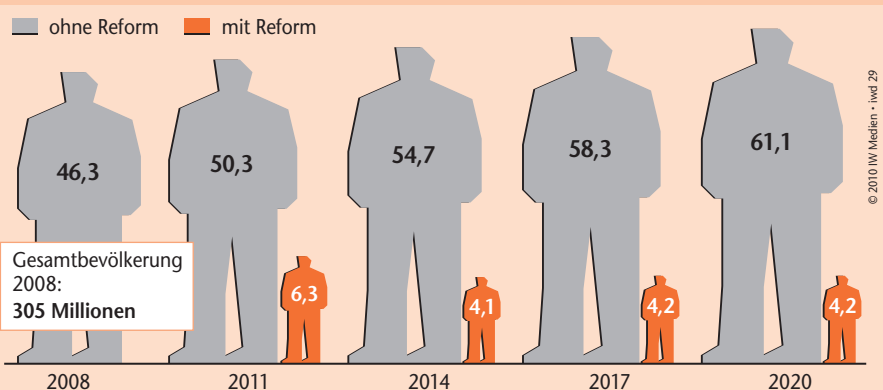
Das ist zwar für viele Europäer und Deutsche ein Aufreger. Der amerikanische Normalbürger nimmt diese Entwicklung allerdings als eine Begleiterecheinung der freien Marktwirtschaft hin. Diese Sicht wird auch dadurch bestärkt, dass rund 43 Prozent der Nichtversicherten in den USA ein überdurchschnittliches Einkommen von 50.000 Dollar (ca. 40.000 Euro) und mehr haben.

Die hohe Zahl der Versicherungsabsinzenzler rührt auch daher, dass sich das amerikanische Krankenversicherungsmodell stark vom deutschen unterscheidet: Eine gesetzliche, umlagefinanzierte Versicherung gibt es nicht. Stattdessen sind die Bürger bislang privat versichert. Die Regel ist, dass Arbeitgeber eine Gruppenversicherung abschließen und ihren Angestellten anbieten. Wer keine Betriebskrankenversicherung hat, versichert sich selbst. Und für Arme gibt es Medicaid, eine staatlich finanzierte Krankenversicherung.

US-Gesundheitsreform: Weniger Nichtversicherte

In den USA gibt es nur private Anbieter von Krankenversicherungen. Bislang war es den Amerikanern freigestellt, ob sie sich versichern oder nicht. Die Gesundheitsreform von Präsident Barack Obama will das ändern und all jene unterstützen, die sich eine Versicherung bislang nicht leisten können.

Zahl der Bürger ohne Krankenversicherung in Millionen



Ab 2011: Prognose
Quellen: The Commonwealth Fund, US Census Bureau

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

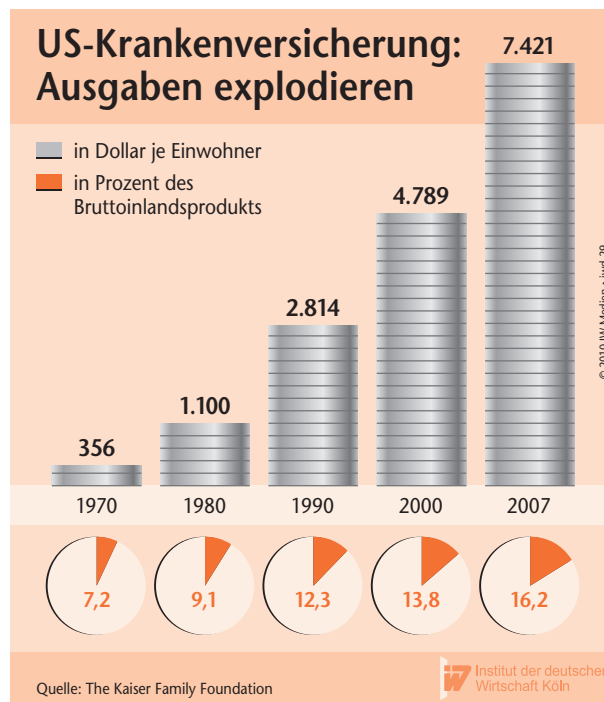
Das Problem ist, dass die Kosten der Krankenversicherungen jährlich in zweistelliger Höhe steigen, was vor allem die Mittelklasse massiv belastet (Grafik). Obama hat sein Reformversprechen deshalb mit zwei Zielen begründet: Die Kostenexplosion soll eingedämmt und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich verringert werden. Um diese Ziele zu erreichen, enthält das „Gesetz für Patientenschutz und bezahlbare Gesundheitsversorgung“ einschneidende Änderungen:

Versicherungspflicht: In Zukunft ist jeder US-Bürger verpflichtet, eine Krankenversicherung abzuschließen. Betriebe mit über 50 Beschäftigten müssen Mitarbeitern eine Gruppenversicherung anbieten. Auf Medicaid, das bislang armen Familien und Behinderten vorbehalten war, haben jetzt alle Anspruch, deren Einkommen maximal 133 Prozent der Armutsgrenze beträgt.

Künftig darf kein Versicherer jemanden wegen einer Vorerkrankung ausschließen oder einem Kunden bei Erkrankung kündigen. Ebenso ist es für die Anbieter nicht länger zulässig, die Kostenerstattung auf einen Höchstbetrag pro Leben oder Jahr zu begrenzen. Kinder dürfen zudem bis zum 26. Lebensjahr in der Krankenversicherung ihrer Eltern bleiben.

Health Insurance Exchanges: Die Bundesstaaten sollen Versicherungsmarktplätze einrichten, für die sowohl kommerzielle als auch gemeinnützige Anbieter von Krankenversicherungen zugelassen werden können. Die staatliche Aufsicht soll die Versicherungskosten und -leistungen transparenter machen und den Wettbewerb zwischen den Versicherungen erhöhen. Wie diese „Börsen“ konkret ausgestaltet werden, bleibt den Einzelstaaten überlassen.

Anreize: Einzelpersonen und Familien, die eine Versicherung über einen solchen Marktplatz abschließen, haben Anspruch auf steuerfinanzierte Unterstützung. Voraussetzung: Ihr Einkommen darf das Vierfache der amtlichen Armutsgrenze nicht überschreiten und sie dürfen keinen Anspruch auf Medicaid oder Medicare haben – letzteres ist die umlage-



finanzierte Krankenversicherung für Rentner. Kleinbetriebe erhalten Steuergutschriften in Höhe von 50 Prozent ihrer Beitragsausgaben, wenn sie ihren Beschäftigten eine Gruppenversicherung anbieten und mindestens die Hälfte des Beitrags bezahlen.

Sanktionen: Wer sich als Privatperson nicht versichert, zahlt ab 2014 ein Strafgeld von 2,5 Prozent des Haushaltseinkommens – mindestens 695 Dollar, maximal 2.085 Dollar im Jahr. Auch Arbeitgeber mit mehr als 50 Angestellten müssen eine Strafgebühr zahlen, wenn sie keine Gruppenversicherung anbieten.

Finanzierung: Die Kosten der Reform werden über die kommenden zehn Jahre auf insgesamt 1 Billion Dollar geschätzt. Diesen Betrag sollen vorrangig reiche Amerikaner sowie die Pharma- und die Versicherungsindustrie aufbringen: Für sehr gut Verdienende erhöht sich der Beitragssatz zur Rentenversicherung, aus dem Medicare finanziert wird. Darüber hinaus werden ihre Kapitaleinkünfte künftig mit zusätzlich 3,8 Prozent versteuert.

Die Pharmabranche muss eine jährliche Abgabe zahlen, die sukzessive von 2,8 Milliarden im Jahr 2012 auf 4,1 Milliarden Dollar im Jahr 2016 ansteigt.

Die Versicherungsindustrie wird im Jahr 2014 zunächst 8 Milliarden Dollar beisteuern, in jedem Folgejahr dann mehr – 2018 sollen es 14,3 Milliarden Dollar

sein. Zusätzlich müssen Anbieter von betrieblichen Krankenversicherungen, deren Prämien bestimmte Höchstgrenzen überschreiten, eine Abgabe von 40 Prozent auf den darüber liegenden Betrag zahlen. Auf medizinische Geräte wird eine Verbrauchssteuer von 2,3 Prozent erhoben. Die Pharma- und die Versicherungsindustrie zählen dennoch zu den Gewinnern, denn ihnen eröffnet die Reform einen Markt mit über 40 Millionen neuen Kunden.

Kostendämpfung: Den wichtigsten Beitrag zur Eindämmung der Kosten erhoffen sich die Reformer von der Versicherungspflicht, die dem System mehr Beitragszahler beschert. Darüber

hinaus fördert die US-Regierung Behandlungen bei Allgemeinmedizinern, die in der Regel günstiger sind als die beim Facharzt. Das Gesundheitsministerium wird Präventionskampagnen organisieren, und mit jährlich 500 Millionen Dollar werden Forschungsprogramme unterstützt, die untersuchen, welche Behandlungsmethoden besonders effizient sind.

Erwartete Effekte: Gesundheitsökonomenschätzen, dass die Zahl der Nichtversicherten bis 2014 um über 90 Prozent auf 4,1 Millionen sinken wird (Grafik Seite 6). Das Haushaltsbüro des Kongresses hat errechnet, dass die Reform die Staatsverschuldung langfristig sogar senken wird. Dazu beitragen soll beispielsweise, dass die staatlichen Zuschüsse zu Medicare und Medicaid durch die neue Finanzierung deutlich reduziert werden können und die Kosten für die Behandlung von Nichtversicherten entfallen.

Ob es wirklich zu diesen Einsparungen kommt, bleibt abzuwarten. Denn die Reform enthält weder gezielte Maßnahmen, um die enorme Zahl unnötiger Behandlungen zu reduzieren, noch verhindert sie, dass wirkungslose Medikamente verschrieben werden. Entsprechende Vorhaben hätten die Reform allerdings zum Scheitern verurteilt, denn Amerikaner zahlen erfahrungsgemäß lieber mehr, als eine staatliche Rationierung des Angebots hinzunehmen.

Festspiele

Von Winnetou bis Wagner

Sommerzeit ist Festspielzeit. So öffnet etwa das Bayreuther Festspielhaus am 25. Juli wieder seine Tore. Festivals dieser Art sind zahlreich in Deutschland – die meisten von ihnen finden unter freiem Himmel statt. Die Sommeraufführungen sind echte Zuschauermagnete: In der Saison 2008 kamen mehr als 1,4 Millionen Besucher.

Beim Stichwort Festspiele denken die meisten Deutschen wohl an die alljährlichen Aufführungen von Wagner-Opern in Bayreuth. Die meisten Besucher aber strömen zu den Karl-May-Festspielen in Bad Segeberg. Im Sommer 2008 kamen laut der Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins fast 260.000 Besucher zu den 72 Vorstellungen am Kalkberg. Auf den 8.000 Plätzen der Freilichtbühne in Bad Segeberg konnten die Zuschauer die Wild-West-Abenteuer rund um Winnetou und Old Shatterhand live miterleben.

Insgesamt wurden vor zwei Jahren mehr als 1,4 Millionen Besucher bei den 35 größten deutschen Festspielen gezählt.

Sommerfestivals blicken auf eine lange Tradition zurück – bereits im 18. und



Festspiele: Ausflug in den Wilden Westen

Die größten jährlich stattfindenden Sommerfestspiele in Deutschland im Jahr 2008

	Besucher	Vorstellungen	Plätze	Art des Festspiels	Ticketpreise in Euro	Öffentliche Zuschüsse
Karl-May-Festspiele Bad Segeberg	258.670	72	8.000	Theater	9,00 bis 24,50	nein
Luisenburg-Festspiele Wunsiedel	140.231	99	1.909	Theater	17,00 bis 37,00	ja
Volksschauspiele Ötigheim	100.875	61	3.750	Theater	6,00 bis 60,00	ja
Freilichtspiele Tecklenburg	100.000	75	2.321	Musical	8,70 bis 44,35	ja
Bad Hersfelder Festspiele	78.870	84	1.813	Theater, Musical	4,00 bis 61,00	ja
Ruhrfestspiele Recklinghausen	77.178	233	2.406	Theater	7,00 bis 48,00	ja
Brüder-Grimm-Märchenfestspiele Hanau	74.031	109	1.230	Theater	6,00 bis 19,00	ja
Burgfestspiele Bad Vilbel	71.599	155	700	Theater	6,00 bis 38,00	ja
Freilichtspiele Schwäbisch-Hall	64.176	137	2.250	Theater, Musical	6,00 bis 37,00	ja
Bayreuther Festspiele	59.220	30	1.974	Musik, Theater	15,00 bis 280,00	ja

Quelle: Deutscher Bühnenverein

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

19. Jahrhundert haben sie sich aus höfischen Festen und historischen Jubiläumsfeiern entwickelt. Die heutigen Festspiele bieten dem Publikum eine bunte kulturelle Palette – es gibt sowohl Opern- oder Theaterfestspiele als auch Musicalvorstellungen und Kindertheater.

Die zweitgrößten Freiluftspiele in Deutschland sind die Luisenburg-Festspiele im oberfränkischen Wunsiedel. Hier kamen 2008 gut 140.000 Zuschauer an die Naturbühne und weitere Spielstätten. Insgesamt fanden in Wunsiedel 99 Veranstaltungen statt, die die Besucher von 1.909 Plätzen aus verfolgen konnten.

Am meisten bezahlen müssen die Zuschauer für die Vorstellungen der Bayreuther Festspiele. Hier kosten die günstigsten Eintrittskarten zwar nur 15 Euro, die Tickets in der höchsten Kategorie liegen jedoch bei 280 Euro. Von den Preisen lassen sich die Richard-Wagner-Fans jedoch nicht abschrecken: Das Theater auf dem Grünen Hügel von Bayreuth ist fast immer ausverkauft.

Die Besucher der Karl-May-Festspiele kommen preiswerter weg: Der Ausflug in den Wilden Westen ist schon für 9 bis 24,50 Euro zu haben. Für das Schauspiel an der Felsenbühne in Wunsiedel bei den Luisenburg-Festspielen zahlen die Besucher zwischen 17 und 37 Euro.

Zusätzlich zu den Kartenverkäufen verzeichnen die meisten großen Festspielunternehmen noch Einnahmen aus Zuweisungen von Bund, Ländern oder den Gemeinden. Den größten Batzen erhalten die Bayreuther Festspiele – insgesamt werden sie mit über 4,4 Millionen Euro unterstützt. Davon zahlen der Bund und der Freistaat Bayern jeweils mehr als 1,6 Millionen Euro. Weitere 744.000 Euro bekommen die Richard-Wagner-Festspiele von der Gemeinde und 372.000 Euro von sonstigen Trägern.

Zweitgrößter Subventionsempfänger sind die Bad Hersfelder Festspiele, die mit mehr als 1 Million Euro gefördert werden. Davon zahlt die Gemeinde mit 663.000 Euro den größten Teil.

Für Adressaufkleber